

Mitteilungen der Deutsch - Brasilianischen Juristenvereinigung

WWW.DBJV.DE

**Heft 1 / 2003 (21. Jahrgang)
Mai 2003**

Inhalt

Unternehmen in der Krise – Bericht von der XXI. Jahrestagung der deutsch-brasilianischen Juristenvereinigung (Bernhard Lippsmeier).....	1
Protokoll der Mitgliederversammlung	12
Die Steuernummer für Ausländer in Brasilien (Katharina Krapp).....	16
Novos rumos do processo de execução no Brasil – “Aspectos referentes à defesa endoprocessual do executado” (Bruno Campos).....	21
Buchrezension – Brasilien im internationalen Standortwettbe- werb von Christian Gloger (Andreas Grünewald).....	32
Neues Schrifttum zum brasilianischen Recht (Andreas Grünewald).....	35
Interna DBJV – Beitragszahlung.....	36

Impressum

Herausgeber:

Deutsch-Brasilianische Juristenvereinigung e.V.

Bethmannstraße 50 - 54, 60311 Frankfurt am Main

Vereinsregister Nr. 8076,

Bankkonto: Deutsche Bank Essen, Nr. 1312487, BLZ 36070050

Vorstand:

Rechtsanwalt Dr. Jan Curschmann, Vorsitzender, c/o Taylor Wessing,
Baumwall 7, 20459 Hamburg;

Prof. Dr. Wolf Paul, Feldbergstraße 96 d, 61398 Schmitten;

Rechtsanwalt Ralf Schmitt, c/o Schmitt & Kollegen,
Henkellstraße 15, 65187 Wiesbaden

Rechtsanwalt Andreas Sanden, c/o Zilveti e Sanden Advogados Associados,
Rua Haddock Lobo, 337 – 5º andar, 01414-001 São Paulo – SP / Brasilien;

Rechtsanwältin Gisela Puschmann, c/o Puschmann & Veiga, Lurgiallee 6-8,
60439 Frankfurt am Main

Sekretariat:

Rechtsanwältin Gisela Puschmann, c/o Puschmann & Viega, Lurgiallee 6-8,
60439 Frankfurt am Main, e-Mail: info@dbjv.de

Redaktion der Mitteilungen:

Rechtsanwalt Bernhard Lippsmeier, LL.M.,

c/o Kaye Scholer (Germany) LLP, Bockenheimer Landstraße 61,

60325 Frankfurt am Main, Tel.: +49 69 25 494-0, Fax: +49 69 25 494-446

e-Mail der Redaktion: redaktion@dbjv.de;

Die DBJV im Internet: www.dbjv.de

Die Deutsch-Brasilianische Juristenvereinigung ist gemeinnütziger Verein im Sinne der §§ 52 ff. AO mit dem Ziel, die bilaterale Kooperation auf juristischer und wissenschaftlicher Ebene zu fördern.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der Autoren und des Herausgebers.

Das Unternehmen in der Krise

Bericht von der XXI. Jahrestagung der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung

Bernhard Lippsmeier*

Die XXI. Jahrestagung der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung (DBJV)¹ fand vom 14. bis 17. November 2002 in Frankfurt am Main statt und kehrte somit nach über zwanzig Jahren an ihre Gründungsstätte zurück. Tagungsort war der Theodor Roosevelt Saal des geschichtsträchtigen und architektonisch wertvollen Poelzigbaus (ehemals IG Farbenhaus), der nunmehr große Teile der Frankfurter Goethe-Universität beherbergt.

Schwerpunkt der mit überaus prominenten Referenten besetzten Tagung, die dieses Mal in Kooperation mit dem Deutschen Anwaltverein Arbeitsgemeinschaft Internationaler Rechtsverkehr veranstaltet wurde, war das in dem derzeitigen weltwirtschaftlichen Kontext höchst aktuelle Thema „*Das Unternehmen in der Krise*“. Dabei wurden aus deutscher sowie brasilianischer Sicht der theoretische insolvenzrechtliche Rahmen als auch die

praktischen Aspekte einer Unternehmensinsolvenz dargestellt. Daneben wurde in diesem Kontext die Perspektive der kreditgebenden Banken als auch gesellschaftsrechtliche Themen wie Organhaftung, Corporate Governance oder Fragen zum faktischen Konzern behandelt und diskutiert.

I. Begrüßungsabend

An die von den Mitgliedern der DBJV sehr geschätzte Tradition der „inoffiziellen“ Eröffnung der Tagung mit einem informellen Begrüßungsabend wurde auch dieses Mal angeknüpft. In der traditionsreichen Gaststätte „Zur Sonne“ konnten die Tagungsteilnehmer samt Begleitpersonen bei „Äppelwoi“ (Apfelwein), dem Frankfurter Nationalgetränk, und anderen lokalen Spezialitäten in gemüthlicher Runde erste Kontakte knüpfen oder, wie in vielen Fällen, Wiedersehen feiern.

II. Eröffnung der Tagung

Die offizielle Eröffnung der Tagung erfolgte durch den Vorsitzenden der DBJV, Herrn *Dr. Jan Curschmann*. Er unterstrich in seiner Ansprache die historische Bedeutung des Ta-

* Bernhard Lippsmeier, LL.M., arbeitet als Rechtsanwalt bei der internationalen Sozietät Kaye Scholer (Germany) LLP in Frankfurt am Main.

¹ Sekretariat der Vereinigung: Frau Rechtsanwältin Gisela Puschmann, c/o Puschmann & Veiga, Lurgiallee 6-8, 60439 Frankfurt am Main.
E-mail: info@dbjv.de

gungsortes: die Vereinigung sei am 8. September 1982 in Frankfurt am Main gegründet worden und habe nach der ersten Tagung im Frühjahr 1983 in Hamburg im Herbst des gleichen Jahres eine weitere Tagung in Frankfurt abgehalten. Somit handele es sich bei der diesjährigen Tagung gewissermaßen um ein 20jähriges Jubiläum. Zum anderen verwies er auch auf das Ergebnis der kurz vor der Tagung abgehaltenen brasilianischen Präsidentschaftswahlen mit seiner sowohl historischen als auch sozialen und demokratischen Bedeutung, welche die Wahl von Luiz Inácio Lula da Silva („Lula“) zum neuen Präsidenten Brasiliens darstelle.

III. Vorträge

1. Eröffnungsreferat

Gründungsmitglied und Referent des Eröffnungsvortrags *Prof. Dr. Friedrich Kübler* griff unmittelbar den von Herrn Dr. Curschmann in seiner Eröffnungsrede aufgeworfenen Faden auf und verwies darauf, dass die Tradition der DBJV sogar noch weiter als das eigentliche Gründungsdatum zurückreicht. Bereits 1978 habe sich die Gemeinde der juristischen Brasilien-Fans bei einem Symposium zur Entwicklung des brasilianischen Wirtschaftsrechts in der Frankfurter Goethe Universität getroffen und erste Anstöße zur Gründung der Vereinigung gegeben.

Auch mit seinem Vortrag *„Vom Bankrott zur Reorganisation: Über die Abhängigkeit des Insolvenzver-*

fahrens von Finanzmärkten und Unternehmensstrukturen“ griff Prof. Kübler den geschichtlichen Faden auf. Er skizzierte dabei mit gekonnter Leichtigkeit und immer mit dem rechtsvergleichenden Blick zu den Vereinigten Staaten von Amerika, inwiefern sich das Insolvenzrecht im Laufe der Zeit in Abhängigkeit mit Entwicklungen der Wirtschaftssysteme verändert hat.

Er spann dabei den Bogen von dem stark pönalen Charakter des Konkursrechts des Gilde- und Zunftzeitalters, bei dem der „Bankrotteur“ den Schuldturm oder gar eigene Sklaverei zu befürchten hatte, über die Aufklärung und den Liberalismus, bei dem Insolvenzen als natürliche Marktberichtigungen angesehen wurden, bis zum Zeitalter der Industrialisierung, welches den Durchbruch der Unternehmensform der Aktiengesellschaft zur Folge hatte und indem neben die Zerschlagung auch die Sanierung des insolventen Unternehmens an Gewicht gewann².

Anschließend sprach Prof. Kübler über die sich insbesondere im Vergleich zwischen Deutschland und den USA im 20. Jahrhundert entstandenen Systemunterschiede und die daraus erfolgten unterschiedlichen Ansätze des Insolvenzrechts. Danach haben die flexibleren wirtschaftsrechtlichen Vorschriften in den USA zu insolvenzrechtlichen Regelungen geführt, die zwischen den verschiedenen Gläubigerinte-

² In Deutschland wurde die Konkursordnung durch die Vergleichsordnung ergänzt. In den USA wurde Chapter 11 des Bankruptcy Code eingeführt.

ressen unterscheiden und sich letztlich zu einem häufig angewendeten Verfahren zur Reorganisation von insolventen Unternehmen entwickelt haben. Das deutsche System, wonach das Unternehmen als eine vielfältigen Interessen verpflichtete Organisation, als das „Unternehmen ans sich“ zur politischen Leitvorstellung sowie deren Illiquidität zur obersten Maxime gerieten, kritisierte er dagegen im Gegensatz als zu starr und unbeweglich.

Seinen Vortrag schloss Prof. Kübler mit der Ansicht, dass Insolvenzen zur Normalität der Marktwirtschaft gehören, und dass Gewinnchancen nur da verwirklicht werden können, wo Risiken eingegangen werden und es nicht länger Aufgabe der Rechtsordnung sein könne, Unternehmenskrisen um jeden Preis zu verhindern. Eine solche Rechtspolitik vergrößere vielmehr die Gefahr, dass sich die Krise des wirtschaftlichen Gesamtgefüges vertieft.

2. Sanierungen und Insolvenzen

a. Deutschland

Zunächst stellte Herr Rechtsanwalt *Dr. Gerhard Walter*, Frankfurt am Main, die Struktur des deutschen Insolvenzrechts an einem praktischen Fall dar. Er skizzierte zunächst die Wandlung der deutschen Konkursordnung und deren primären Zielsetzung der Liquidation und Zerschlagung des insolventen Unternehmens zur derzeit gültigen Insolvenzordnung, die 1999 in Kraft getreten ist und zahlreiche Neuerungen gebracht hat.

Er stellte zunächst die Voraussetzungen zur Eröffnung eines Insolvenzverfahrens dar. Demzufolge sind antragsberechtigt die Gläubiger und der (Insolvenz-) Schuldner. Gründe sind drohende Zahlungsunfähigkeit, Zahlungsunfähigkeit und Überschuldung, Letzteres jedoch nur bei einer juristischen Person. Zuständig ist das Amtsgericht als Insolvenzgericht. Anschließend ging er auf den weiteren Verfahrensablauf anhand eines praktischen Falles ein, um dann kurz auf einige Neuerungen zu sprechen zu kommen.

Herr Dr. Walter berichtete über ein mehr als hundert Jahre altes Unternehmen mit dem Geschäftsgegenstand Herstellung von bedruckten Verpackungen insbesondere für die Kosmetikindustrie, über dessen Vermögen das Insolvenzverfahren eröffnet und er zum Insolvenzverwalter bestellt wurde. Das Insolvenzunternehmen in der Rechtsform einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung („Schuldnerin“) hatte Grundbesitz, das mit Grundschulden zur Sicherung von Bankkrediten vollständig belastet war. Die Forderungen der Schuldnerin, das Warenlager und das Anlagevermögen wie Maschinen etc. waren kreditgebenden Banken zur Sicherheit übereignet. Zu den Aufgaben des Insolvenzverwalters gehört es u.a. zu überprüfen, ob die Bestellung der Sicherheiten rechtmäßig war. Dabei sind auch Anfechtungsrechte (§§ 129 ff InsO) zu prüfen (Gläubigerbegünstigung etc.). Herr Dr. Walter führte das Unternehmen auch nach Eröffnung des Insol-

venzverfahrens fort. Mit den Lieferanten wurden Vereinbarungen dahingehend geschlossen, dass er als Insolvenzverwalter die Erfüllung der Verbindlichkeiten der Schuldnerin zusicherte. Der Insolvenzverwalter haftet nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens bei der Fortführung des Geschäftsbetriebs der Schuldnerin unbeschränkt mit seinem persönlichen Vermögen. Die Arbeitnehmer erhielten für einen Zeitraum von drei Monaten Insolvenzgeld (gezahlt durch das Arbeitsamt) und darüber hinaus Gehalt nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens von ihrem neuen Arbeitgeber, dem Insolvenzverwalter über das Vermögen der Schuldnerin. Arbeitnehmer, die nicht für die Fortführung der Produktion erforderlich waren, wurden entlassen. Bei der Entlassung von Arbeitnehmern ist das Betriebsverfassungsgesetz zu beachten, d.h. die Rechte des Betriebsrates. Es wurde ein Interessenausgleich und ein Sozialplan abgeschlossen.

Um die gesunden geschäftlichen Aktivitäten der Schuldnerin fortzuführen, gründete der Insolvenzverwalter Dr. Walter mit Genehmigung der Gesellschafterversammlung aus Mitteln der Insolvenzmasse eine neue Gesellschaft (GmbH), die das Anlagevermögen (Maschine etc.) in dem Umfang übernahm, wie es betriebsnotwendig für die nachhaltige Fortführung durch die neue Gesellschaft erforderlich war. Die neue Gesellschaft wurde später an einen Investor verkauft. Dafür (Verkauf des Unternehmens insgesamt oder der Verkauf von Grundstücken) benötigt der Insol-

venzverwalter die Zustimmung der Gläubigerversammlung bzw. des Gläubigerausschusses, falls dieser ernannt wurde (§ 160 InsO).

Die Arbeitsplätze wurden im wesentlichen erhalten und die Insolvenzmasse durch die Fortführung und Verkauf des sanierten Unternehmens vergrößert. Die Alternative, Liquidierung und Zerschlagung des Unternehmens hätte die Arbeitsplätze vernichtet und eine geringere Masse zur Ausschüttung an die Gläubiger erbracht.

Als Neuerungen der Insolvenzordnung ist zum einen insbesondere die Eigenverwaltung (§ 270 InsO) zu nennen. Anstelle eines Insolvenzverwalters verwaltet der Schuldner während des Insolvenzverfahrens unter Aufsicht eines Sachwalters die Insolvenzmasse selbst. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Insolvenzverfahren der Kirchgruppe. Erfahrene Insolvenzverwalter wurden Vorstände. Außerdem ist das Insolvenzplanverfahren (§§ 217 ff InsO), welches dem Chapter 11-Verfahren der USA nachgebildet wurde. Auf der Basis des Insolvenzplans wird das Unternehmen saniert und sodann nach Beendigung des Insolvenzplanverfahrens fortgeführt.

b. Brasilien

Im Anschluss stellte Herr Rechtsanwalt *Renato Luiz Mange* aus São Paulo dar, wie unter brasilianischer Gesetzgebung der Krise eines Unternehmens begegnet wird. Zwei Szenarien standen dabei im Vorder-

grund: (i) die Abwendung des Konkurses durch einen Vergleich und (ii) die Liquidation infolge eines Konkurses³. Beide Szenarien unterlegt er mit praktischen Fallbeispielen.

Herr Mange führte aus, dass es bei dem ersten Instrument, darum gehe, dass im Fall der Zahlungsschwierigkeiten eines Unternehmens, die Möglichkeit gegeben wird, durch Vereinbarungen mit den Gläubigern über die jeweiligen Zahlungsmodalitäten einen Konkurs zu verhindern. Ein solches Verfahren kann zwar das insolvente Unternehmen selbst initiieren, aber es unterliegt einigen Bedingungen und Beschränkungen. So muss u.a. zunächst eine richterliche Erlaubnis eingeholt werden, das Verfahren steht unter der Aufsicht eines Vergleichsverwalters, außerdem unterliegt ein solcher Plan einer gesetzlichen Frist von 2 Jahren. Gleichzeitig dürfen nur buchmäßige Passiva von dem Vergleich umfasst sein.

Häufig komme es, so Herr Mange, bei der Aufstellung und Durchführung solcher Sanierungspläne zu Schwierigkeiten. So kann es zu rechtlichen Problemen bei dem Verkauf von Gütern/Waren kommen, Problemen mit neuen Sicherheiten oder auch steuerrechtliche bzw. arbeitsrechtliche Streitigkeiten bei dem Kauf eines Betriebes des insolventen Unternehmens können entstehen. Sollte ein solcher Plan demnach scheitern, dann wird das Verfahren in ein ordentliches

Konkursverfahren übergeführt, obwohl das Unternehmen ausreichendes Vermögen gehabt hätte, um seine Schulden zu begleichen.

Anschließend stellte Herr Mange die Vorschläge der Gesetzesvorlage 4376/93 vor, die zu einer Erleichterung des Abschlusses eines Vergleichsvorschlags führen sollen. So sollen u.a. alle Gläubiger von dem Vergleich umfasst sein, auch soll es keine festen Fristen zur Forderungsabzahlung geben.

Der Referent gab einen kurzen Überblick der Regelungen des Konkurses mit dem Ziel der Liquidation. So können bei Vorliegen bestimmter Konkursgründe das insolvente Unternehmen selbst oder der jeweilige Gläubiger den Antrag auf Eröffnung des Konkursverfahrens stellen. Im letzteren Fall ist es dem Schuldner möglich den Konkurs durch die Hinterlegung von Sicherheiten innerhalb von 24 Stunden abzuwenden. Sollte das Konkursverfahren so nicht abgewendet werden können, so wird der Betrieb versiegelt, die Güter/Waren eingezogen und das Liquidationsverfahren eröffnet. Ein solches Verfahren besteht aus drei Stufen: (i) Vorverfahren, (ii) Untersuchung [der Passiva u.ä.] und (iii) Liquidation der Aktiva.

Zum Abschluss seines Vortrages führte Herr Mange die für das Liquidationsverfahren bestehenden Vorschläge auf. So sollen u.a. der Antrag auf Konkursverfahrenseröffnung erschwert werden und nur noch Gläubigern mit Forderungen über R\$ 10.000 möglich sein. Auch

³ Jeweils geregelt in der Gesetzesverordnung 7.661 vom 21. Juni 1945.

soll die sofortige Schließung des Unternehmens vermieden werden und eine Fortführung ermöglicht werden, gleichzeitig soll die Realisierung der Aktiva beschleunigt werden.

3. Organhaftung und Corporate Governance

a. Deutschland

Den ersten Tagungstag beschloss Herr *Dr. Henrik-Michael Ringleb* von der KruppThyssen AG mit seinem Vortrag über Organhaftung und Corporate Governance in Deutschland.

Herr Dr. Ringleb machte mit dem Verweis auf die zahlreichen Unternehmenszusammenbrüche in der letzten Zeit sowie die zahlreichen Vorschläge in diesem Zusammenhang aus Politik und Juristenkreisen deutlich, wie aktuell und brisant die Frage der Haftung von Vorstand und Aufsichtsrat von Unternehmen ist.

Zunächst ging Herr Dr. Ringleb ausführlich auf das System der gesetzlichen Regelungen der Organhaftung ein. Dabei führte er aus, dass das deutsche Aktienrecht ein System der Innenhaftung, angereichert durch unmittelbare Außenhaftungstatbestände vorsieht, das Pflichtverstöße von Verwaltungsmitgliedern streng ahndet. Danach haften Organmitglieder, die ihre Sorgfaltspflicht schuldhaft verletzen grundsätzlich nur der Gesellschaft gegenüber. Maßstab ist die

Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters.

Sollte die Gesellschaft erfolgreich in Anspruch genommen werden für die Tätigkeit der Organe, dann kann sie den Handelnden in Regress nehmen. In Ausnahmefällen kann aber auch direkt gegen das Organ vorgegangen werden. Dieses Haftungssystem, so führte Herr Dr. Ringleb aus, stehe nicht isoliert da, sondern ist in ein umfassendes Sanktionssystem eingebettet. Dabei sind u.a. arbeitsrechtliche Disziplinarinstrumente oder Bußgelder und Kriminalstrafen zu denken, wobei letztere aber nur ultima ration sein dürfen.

Anschließend sprach Herr Dr. Ringleb über den Deutschen Corporate Governance Kodex⁴. Der Kodex hat keine eigenständige gesetzliche Grundlage, sondern ist das Ergebnis eines Aktes der Selbstorganisation der deutschen Wirtschaft im Kleid einer vom Bundesministerium der Justiz eingesetzten Regierungskommission.

Der Kodex beschreibt die einschlägigen gesetzlichen Regeln über die Führung und Kontrolle deutscher Aktiengesellschaften. Darüber hinaus enthält er international und national anerkannte Standards guter

⁴ Der Deutsche Corporate Governance Kodex existiert seit dem 26.2.2002. An diesem Tag überreichte der Vorsitzende der von der Bundesministerin der Justiz eingesetzten Regierungskommission, der jetzige Aufsichtsratsvorsitzende der ThyssenKrupp AG, Dr. G. Cromme, den Kodex der Ministerin und stellte ihn der Öffentlichkeit vor.

und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Unternehmen, die sich diesem Kodex unterwerfen, müssen sog. Entsprechenserklärungen abgeben.

Nach Ansicht von Herrn Dr. Ringleb erwachse eine Organhaftung lediglich im Fall der Unterlassung oder Falschabgabe einer solchen Erklärung. Weitere Haftungen wie z.B. durch Nichtbeachtung der Kodexempfehlungen oder etwaige unmittelbare Außenhaftung seien grundsätzlich denkbar, liegen aber tatbestandlich nicht vor.

b. Brasilien

Den zweiten Tagungstag eröffnete Herr *Prof. Dr. Calixto Salomão Filho*, Rechtsanwalt in São Paulo. Er sprach als Anschluss zu dem Vortrag von Herrn Dr. Ringleb über die Regelungen von Organhaftung und Corporate Governance in Brasilien.

Prof. Salomão näherte sich der Materie zunächst auf einer theoretischen Ebene, indem er zunächst die Funktion und Form der Struktur von Gesellschaften analysierte. Er kam dabei zu dem Schluss, dass es bei den verschiedenen Systemen und Strömungen bezüglich der Funktion nicht annähernd so große Unterschiede gibt wie bei der Struktur der Gesellschaft. Demnach bedarf es - als kleinsten gemeinsamen Nenner - einer unabhängigen Geschäftsführung mit externer Kontrolle. Hinsichtlich der Struktur bedürfte es, nach Aussage des Vortragenden, schon weitaus differenzier-

ter Betrachtung, welche allerdings in drei große Problemkreise reduzierte werden kann: (i) Konzentration oder Verteilung der Kontrolle, (ii) Beteiligungsform und Legitimation der Beteiligung an den Organen der Gesellschaft und (iii) Organstruktur der Gesellschaft.

Im Anschluss ging Prof. Salomão auf die Besonderheiten der brasilianischen Regelungen unter Berücksichtigung der vorgenannten Problemkreise ein. Er machte deutlich, dass der brasilianische Gesetzgeber nie wirklich die Absicht hatte, Gesellschaften mit unabhängiger Kontrolle zu schaffen. Vielmehr ist grundlegende funktionelle Eigenheit, dass diese Rechte bei dem jeweiligen kontrollierenden Hauptaktionär liegen.

Er zeigte auf, dass in Brasilien Gesellschaften in den meisten Fällen lediglich von einem oder maximal drei Großaktionären kontrolliert werden. So griff der brasilianische Gesetzgeber diese Gegebenheiten auf und schuf die entsprechenden Regelungen um den kontrollierenden Aktionär herum. Im Ergebnis findet der Kontrollierende keine wirklichen rechtlichen Hindernisse, um seine Entscheidungen durchzusetzen.

Gleichzeitig ist dem Mehrheitsaktionär auch immer wieder Einfluss und Kontrolle auf den *Conselho de Administração* (Verwaltungsrat), der für die wichtigsten Fragen der Geschäftsführung zuständig ist, zugesprochen worden. Pluralistische Tendenzen sind in dem neuen Gesetz 10.303 vom 31.10.2001 in

Form von Beteiligungen von Minderheitsaktionären vorgesehen. Allerdings erhöhte dies, nach Ansicht von Prof. Salomão, lediglich Meinungsverschiedenheiten bei der Entscheidungsfindung und trägt nicht zu einer effizienten externen Kontrolle bei. Jedoch scheint, seiner Ansicht nach, ein Schritt in die richtige Richtung gemacht worden zu sein, indem Artikel 140 dispositiv die Einführungen von Mitbestimmungsrechten von Arbeitnehmern vorsieht. Allerdings dämpfte Prof. Salomão gleichzeitig die Hoffnung, dass nunmehr eine effiziente externe Kontrolle etabliert werde.

Er kam somit zu dem Schluss, dass in Brasilien die gesellschaftsrechtliche Struktur an einer gewichtigen Disfunktion leidet: Dem Hauptaktionär wird ein großes Machtpotential zugesprochen, gleichzeitig gibt es aber keine ausreichende externe Kontrolle. Er ist aber auch der Ansicht, dass es für die spezielle Situation in Brasilien nicht hilfreich sei, irgendwelche ausländischen Konzepte zu übertragen. Vielmehr sei notwendig, dass es in Brasilien zu einer mutigen Änderung der Funktionsdefinition kommt, die sodann in Form von gesellschaftsrechtlichen Strukturen umgesetzt werden. Und hier für reiche eine existente externe Kontrolle der Geschäftsführung völlig aus. In dieser Hinsicht, so Prof. Salomão, bestehe kein Grund zu Pessimismus.

4. Bankrechtliche Probleme bei Sanierung und Insolvenz

a. Brasilien

Die Betrachtung von Sanierung und Insolvenz von Unternehmen aus Sicht der Banken eröffnete der Leiter der Rechtsabteilung der Deutschen Bank in São Paulo, Herr *Rui Alves*.

Ausgangspunkt seiner Darstellung war die Beschreibung der tatsächlichen Kreditsituation in Brasilien. Danach bestehe derzeit mit ca. 28% ein sehr niedriges Verhältnis zwischen Bankkredit und Bruttosozialprodukt. In Chile beispielsweise betrage dieses Verhältnis dagegen 60%. Allerdings betonte er gleichzeitig, dass in Brasilien aufgrund der Instabilität der Wirtschaft die Zahlungs-unfähigkeit der Schuldner ein besonders hohes Maß habe. Außerdem, führte er aus, werden Kredite nur in geringer Zahl vergeben, was zur Folge hat, dass sie für den Kreditnehmer teuer sind. So zahle man, nach Aussage von Herrn Alves, heute einen Endzinssatz für eine neue Immobilie zwischen 16 und 20%.

Nichtsdestotrotz kommt er zu dem Ergebnis, dass in Brasilien als Land systematischer Hochzinspolitik die Banken sich als gewinnträchtig erweisen. Herr Alves sagte, dass es in der Bundesverfassung einen Versuch gab, die Zinssätze prozentual zu begrenzen. Allerdings hielt er vor den Gerichten nicht stand. Hinzu kommt, dass die Gerichte in Brasilien dazu neigen, „soziale Gerechtigkeit“ zu üben und den Schuldner zu schützen. Und das, so machte Herr Alves deutlich, obwohl es eine Gesetzgebung gebe, die sich

bemühe, das Recht des Gläubigers zu schützen.

Anschließend skizzierte er noch die Aufrechnungsmöglichkeiten im brasilianischen Recht, um dann kurz die Vorschläge des brasilianischen Bankenverbandes (Febraban) zur Erlangung einer Rechtsstabilität zum gleichzeitigen Schutz der Banken und Kreditnehmern. Darin sind u.a. die Reform des brasilianischen Konkursrechts, die Verkürzung des Prozessverfahrens zur Einziehung von kleineren Krediten sowie die Aufwertung des Systems der Garantien vorgesehen. Schließlich, so führte Herr Alves aus, würde je deutlicher die Verbesserung der wirtschaftlichen Stabilität und der Rechtswirksamkeit bei der Kreditrückzahlung erkennbar werde, desto interessierter werden sich die Banken zeigen, Kredite in größerem Maß und Umfang anzubieten und letztlich die angestrebte Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kredit und Bruttosozialprodukt wesentlich zu erhöhen.

b. Deutschland

Die Situation der kreditgebenden Banken bei Insolvenz des Kreditnehmers in Deutschland brachte Herr *Arne Wittig*, Banksyndikus bei der Deutschen Bank in Frankfurt am Main, den Teilnehmern der Tagung näher. Er konzentrierte sich dabei auf die verschiedenen möglichen Entscheidungsszenarien, die ein Kreditinstitut im Falle der Krise eines Kreditnehmers einnehmen kann: (i) den Kredit kündigen, (ii) Stillhalten und Nachbesicherung

oder (iii) Beiträge zur Sanierung leisten.

Herr Wittig ging zunächst auf die Struktur des neuen Darlehensrechts nach der Schuldrechtsreform ein und zeigte die derzeit bestehenden Möglichkeiten für Banken Kredite zu kündigen. In diesem Zusammenhang skizzierte er auch, inwiefern die Kreditinstitute ihre Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) angepasst haben.

Im Anschluss sprach er über die Möglichkeiten der Forderung von Nachbesicherungen gegenüber dem Kreditnehmer. Ein solcher Anspruch besteht aufgrund der Banken-AGB in den Fällen (drohender) nachteiliger Veränderung in den wirtschaftlichen Verhältnissen des Kreditnehmers oder wertmäßiger Verschlechterung vorhandener Sicherheiten. Gleichzeitig machte er aber auch auf das Problem der Anfechtbarkeit solcher Nachbesicherungen aufmerksam und skizzierte in welchem Zeitraum vor dem Insolvenzantrag und welchen Voraussetzungen Nachbesicherungen anfechtbar sind. So sind Kreditbesicherungen in der Krise eines Unternehmens unanfechtbar, wenn Neukredite besichert werden oder die Besicherung aus dem Vermögen Dritter kommt. Sollten jedoch Altkredite neubesicherte werden oder die Besicherung aus dem Vermögen des Kreditnehmers stammen, so sind solche Besicherungen unter bestimmten Voraussetzungen bis 10 Jahre vor dem Insolvenzantrag anfechtbar.

Schließlich ging Herr Wittig auf die Sanierungsbeiträge der Kreditinstitute ein. Bei der Möglichkeit der Neukreditvergabe verwies er auf die Gefahr der strafbewehrten Insolvenzverschleppung und des damit einhergehenden Haftungsrisikos. Denn die Vergabe von Neukrediten in der Krise oder sogar bei bereits vorliegenden Insolvenzgründen kann vorsätzliche, sittenwidrige Schädigung anderer Gläubiger darstellen. Allerdings sei nach Aussage von Herrn Wittig die Insolvenzverschleppung ausgeschlossen, wenn die Kreditvergabe zum Zweck der Sanierung des Unternehmens vergeben wird und der Kredit zur Sanierung objektiv geeignet ist.

Hinsichtlich der weiteren Sanierungsbeiträge wie Stundung und Verzicht sowie Rangrücktritt/ Besserungsschein skizzierte Herr Wittig einige Problemkreise, um abschließend auf das Thema der Beteiligung am Eigenkapital zukommen. Hierbei umriss er zunächst die Voraussetzungen und Ziele eines solchen Engagements. Danach stellte er verschiedene Beteiligungsmodelle vor. Er referierte dabei u.a. über Barkapitalerhöhungen, Kapitalerhöhungen sowie Wandelgenussrechte gegen Kredite, Übernahme von direkten und mittelbaren Beteiligungen, aber auch über Treuhandmodelle. Zum Abschluss ging er bei allen aufgezeigten Möglichkeiten auf die Beachtung der gesetzlich verankerten Kapitalersatzregeln ein und zeigte die Risiken auf, die mit solchen Engagements zusammenhängen. So besteht z.B. bei Kapitalersatz eine Til-

gungssperre in der Krise, außerdem ist Nachrangigkeit im Insolvenzverfahren gegeben.

5. Der faktische Konzern in Deutschland

Herrn Prof. Dr. *Wulf H. Döser*, Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt am Main, kam die erfahrungsgemäß nicht leichte Aufgabe zu, den Abschlussvortrag zu halten. In gekonnter und aufschlussreicher Weise brachte er jedoch dem Auditorium, das wie bei allen Vorträgen zuvor bis auf den allerletzten Platz besetzt war, das Thema „Der faktische Konzern“ näher.

Zunächst skizzierte er den Begriff „Konzern“ und dessen systematische Kodifikation in Deutschland. Anschließend spann er den Bogen zwischen Konzernbildung aufgrund von Beherrschungsverträgen (sogenannten „Vertragskonzern“), den der deutsche gesetzliche Regelungsumfang im wesentlichen umfasst, zu dem sogenannten „faktischen Konzern“, bei dem die Ausübung des durch Mehrheitsbesitz ermöglichten beherrschenden unternehmerischen Einfluss und ihre Rechtsfolgen im Gegensatz nicht vertraglich geregelt sind.

Herr Prof. Döser kam dann auf die rechtliche Figur des sogenannten „qualifiziert faktischen Konzerns“ zu sprechen. Diese auch als „Qualifak“ bekannte Form gründet sich auf der Konstellation, wonach außerhalb eines Beherrschungsvertrages vorgenommene Einflussnahme derartige Intensität erreicht, so dass die abhängige Gesellschaft „wie ei-

ne Betriebsabteilung“ vom herrschenden Unternehmen geführt wird. Zu Erzielung einer vorteilhaften steuerrechtlichen Organschaft gliederten Unternehmensgruppen ihre GmbHs ohne gesellschaftsrechtliche Konzernregelung ein, wodurch die lebhaften Diskussion des „Qualifak“ in Lehre und Rechtsprechung nicht im Aktien-, sondern im GmbH-Recht geführt wurde.

Prof. Döser stellte anschaulich, die auch für Fachleute nicht immer einfach nachzuvollziehenden unterschiedlichen Facetten und Veränderungen der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in dieser Sache vor. Er zeigte dabei auf, wie die Rechtsprechung zunächst auf ihrer traditionellen Grundlage verharrte, eine Haftung aus der gesellschaftsrechtlichen Treuepflicht herleitete und sich nicht darauf einließ, ein systematisches Konzernrecht für die GmbH einzuführen. Hinsichtlich der sich anschließenden Entwicklung der Rechtsprechung skizzierte er Leitentscheidungen wie die „Autokran“ - Entscheidung vom September 1985, wonach grundsätzlich das aktienrechtliche Vertragskonzernrecht für das Recht der GmbH herangezogen werden kann und somit der Weg Qualifak- Haftung geebnet wurde. Das Ende dieser Entwicklung stellt die „Bremer Vulkan“ - Entscheidung aus dem Jahre 2001, welche ausdrücklich klarstellte, dass die Rechtsprechung zur Haftung aus qualifiziert faktischem Konzern aufgegeben wird.

Zum Abschluss seines Vortrags stellt Herr Prof. Döser somit fest, dass man „wieder am Anfang stehe“, aber in Anlehnung an Goethe, den berühmten Sohn Frankfurts, doch „ein wenig klüger als zuvor“.

IV. Abendveranstaltungen und Abschluss der Tagung

Auch in diesem Jahr konnten die Teilnehmer der Tagung der DBJV nicht nur qualitativ hervorragende Referate hören und an den jeweils anschließenden ausgiebigen Diskussionen teilhaben, sondern auch an gelungenen Abendveranstaltungen beiwohnen. Die erste Abendveranstaltung fand in den Räumlichkeiten des am Mainufer gelegenen Filmmuseums statt. In Originalfilmkulissen sowie bei Caipirinha, brasilianischem Büfett und Rheingauer Wein konnten die Teilnehmer den ersten Tagungstag entspannt ausklingen lassen.

Die festliche Abschlussveranstaltung fand in der stilvollen Villa Leonhardi am Rande des Palmengartens statt, wo bei leichter und genussvoller italienischer Küche die gelungene Tagung ihren gebührenden Abschluss fand. Im Anschluss an das Dessert sorgte die brasilianische Percussionistin Angela Fronteira und ihre Band auf der Tanzfläche für ausgelassene Stimmung und karnavaleske Atmosphäre, die der Rio de Janeiros in nichts nach stand.

Es zeigte sich somit ein wiederholtes Mal, dass die Tagungen der DBJV sich nicht nur fachlich auf

hohem Niveau bewegen, sondern auch die notwendigen festiven abendlichen Veranstaltungen fester und von allen Teilnehmern mit Freude erwarteter Bestandteil ist.

Die diesjährige Tagung fand ihren endgültigen Abschluss in der sonntäglichen Mitgliederversammlung und der abschließenden Sightseeing-Tour durch Frankfurt mit dem „Äppelwoi“-Express.

Ganz besonderen Dank den lokalen Organisatoren, *Frau Gisela Puschmann* und *Herrn Bernhard Lippsmeier*, sowie *Herrn Prof. Wolf Paul* für die Beschaffung der Tagungsräumlichkeiten. Außerdem sei allen übrigen fleißigen Helfern gedankt, ohne die eine solche Veranstaltung nicht durchgeführt werden kann. \\

PROTOKOLL der Mitgliederversammlung der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung e.V.

am Sonntag, dem 17. November 2002
in der Anwaltskanzlei Taylor Wessing, Senkenberganlage 20-22
60325 Frankfurt am Main (Beginn 9:30 Uhr)

Der Vorsitzende Dr. Jan Curschmann eröffnet die Mitgliederversammlung und begrüßt die anwesenden Mitglieder. Es wird zunächst festgestellt, dass die Mitgliederversammlung ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Die mit dem Einladungsschreiben übersandte Tagesordnung wird noch einmal bekannt gegeben.

TOP 1: Tätigkeitsbericht des Vorstands

Am 18./19. Januar 2002 traf sich der Vorstand in Frankfurt zur Nachbereitung der vom 22. – 25. November 2001 in Dresden abge-

haltenen Tagung. Auf diesen Treffen begannen auch die Vorbereitungen der diesjährigen Tagung, die vom 14. – 17. November 2002 in Frankfurt stattfand. Auf dem Vorstandstreffen im Januar 2002 wurde unter anderen beschlossen, die Frankfurter Tagung in Kooperation mit dem Deutschen Anwaltsverein ARGE Internationaler Rechtsverkehr zu veranstalten, um so der DBJV noch größere Bekanntheit zu verschaffen. Die zukünftigen Tagungen könnten aus dem selben Grund auch in Zusammenarbeit mit anderen Vereinigungen veranstaltet werden. Die weiteren Aussprachen des Vorstands erfolgten etwa alle zwei Monate durch Telefonkonferenzen.

Im Jahr 2002 erschien Band 29 der DBJV-Schriftenreihe. Thema ist die Korruption in Brasilien und Deutschland. Der Vorstand weist auf die Möglichkeit zum Abonnieren der Schriftenreihe hin und würde sich über neue Abonnenten freuen. Der Preis pro Band liegt im Abo bei ca. EUR 18 statt den ca. EUR 30 im Handel.

Außerdem erschienen im vergangenen Jahr zweimal die DBJV-Mitteilungen. Da immer wieder Texte für die Mitteilungen benötigt werden, bittet der Vorstand um das vermehrte Schreiben von Aufsätzen und sonstige Beiträgen.

Als Möglichkeiten des persönlichen Engagements der Mitglieder werden neben dem Schreiben von Beiträgen für die Mitteilungen auch die Mitarbeit bei der Gestaltung der DBJV-Homepage (s.u.) und der Vorschlag potentieller Referenten für die jeweilige Jahrestagung genannt.

Das aktualisierte Mitgliederverzeichnis kann beim Sekretariat angefordert werden. Es wurde in der Mitgliederversammlung diskutiert, ob die Liste der Mitglieder in Zukunft im Internet veröffentlicht wird. Auf diese Weise könnten Druckkosten eingespart und außerdem das Verzeichnis stets aktuell gehalten werden. Sollte es zu einem solchen elektronischen Verzeichnis kommen, dann würde aus Datenschutzgründen an die Mitglieder ein Passwort vergeben, durch das man Zugang zur Mitgliederliste hätte.

Es wird berichtet, dass im Vorstand weiterhin über die Ausschreibung

eines Studienstipendiums nachgedacht wird. Dies würde die Vereinskasse pro Jahr mit ca. zwischen EUR 2.500 und EUR 3.500 belasten. Wegen knapper finanzieller Mittel wird dieses Vorhaben vorerst zurückgestellt.

Der Vorstand hat bei einem Treffen in Brasilien mit Herrn Francisco Florence über Möglichkeiten der Annäherung zwischen der DBJV und der *Sociedade de Estudos Jurídicos Brasil-Alemanha* (SEJUBRA) diskutiert. Geplant ist vorerst die Durchführung einer gemeinsamen Veranstaltung. Denkbar wäre, die nächste Tagung gemeinsam in Curitiba auszurichten (s.u.). Später könnten weitere Schritte der Annäherung zwischen DBJV und SEJUBRA erfolgen.

TOP 2: Finanzbericht für das Geschäftsjahr 2001

Der Schatzmeister Ralf Schmitt gibt seinen Rechenschaftsbericht ab. Hierbei wird mitgeteilt, dass sich die Einnahme im Geschäftsjahr 2001 auf EUR 20.657 und die Ausgaben auf EUR 27.695 belaufen haben. So ist ein Verlust von EUR 7.374 entstanden. Im vergangenen Jahr mussten also die bestehenden Festgeldreserven angebrochen werden. Das Endvermögen des Vereins beträgt zur Zeit EUR 21.155.

Auf Anfrage aus dem Kreis der Mitglieder wird mit dem Schatzmeister über die Möglichkeit zur Kosteneinsparung bzw. zur Erhöhung der Einnahmen diskutiert. Angeregt wurde etwa ein gezieltes

Sponsoring von Einzelaktionen durch Anwaltskanzleien.

Der Schatzmeister berichtet, dass seiner Einschätzung nach der DBJV die Gemeinnützigkeit durch das Finanzamt nicht abgesprochen wird.

Diskutiert wurde auch über die Möglichkeit der Zahlung der Mitgliederbeiträge über Kreditkarte. Auf diese Weise könnten insbesondere die Mitglieder aus Brasilien billiger ihren Beitrag überweisen.

TOP 3: Bericht des Buchprüfers über das Geschäftsjahr 2001

Ende Oktober erfolgte eine Kassenprüfung durch die Kassenprüfer Frau Gisela Puschmann und Herrn Axel Weber. Es konnten keine Beanstandungen festgestellt werden. Der Bericht der Kassenprüfer wird den Mitgliedern zur Durchsicht überreicht.

TOP 4: Entlastung des Vorstands für das Jahr 2001

Sodann wird dem Vorstand auf Antrag von Frau Gisela Puschmann durch die Mitgliederversammlung einstimmig die Entlastung erteilt, bei Stimmenthaltung seitens aller Vorstandsmitglieder.

TOP 5: Neuwahl des Vorstands

Die Wahlleitung übernahm Herr Peter Schindler. Er stellte fest, dass alle 36 Anwesenden im Sitzungssaal Mitglieder und damit stimmberech-

tigt sind. Das Wahlergebnis lautet wie folgt:

Zum 1. Vorsitzenden wurde Herr Dr. Jan Curschmann gewählt. Bei 36 abgegebenen Stimmen gab es 33 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung.

Zum 2. Vorsitzenden wurde Herr Prof. Dr. Wolf Paul gewählt. Bei 36 abgegebenen Stimmen gab es 35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Als drittes Vorstandsmitglied wurde Herr Ralf Schmitt gewählt. Bei 36 abgegebenen Stimmen gab es 35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Als viertes Vorstandsmitglied wurde Herr Andreas Sanden gewählt. Bei 36 abgegebenen Stimmen gab es 34 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen.

Als fünftes Vorstandsmitglied wurde Frau Gisela Puschmann gewählt. Bei 36 abgegebenen Stimmen gab es 35 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme.

Anschließend dankte der 1. Vorsitzende für das entgegengebrachte Vertrauen. Als Mitglieder im Beirat wurden benannt: Herr Gert Danneemann, Herr Dr. Werner Müller, Herr Dr. Jürgen Samtleben und Herr Peter Schindler. Kassenprüfer sind im nächsten Jahre Herr Axel Weber und Herr Werner Müller.

Im Anschluss an die Wahl hielt Herr Wolf Paul eine Laudatio für Herrn Dr. Werner Müller, der 20 Jahre dem Vorstand angehörte und

dieses Mal nicht zur Wiederwahl kandidierte.

TOP 6: Tagung 2003 in Curitiba/ Verstärkung Aktivitäten in Brasilien

Es wird berichtet, dass die SE-JUBRA nach Auskunft ihres Vorsitzenden, Herr Francisco Florence, gerne eine mögliche Tagung in Curitiba unterstützen würde.

Der Vorsitzende berichtet, das Prof. Dr. Karsten Schmidt gegebenenfalls bereit wäre, auf einer Tagung in Curitiba einen Vortrag zu halten. Verschiedene Themen für die Tagung wurden aus dem Kreis der Mitglieder angeregt: Vergleich des *Novo Código Civil* und der deutschen Schuldrechtsreform, die neue brasilianische GmbH, Umweltrecht, Internationale Streitbeilegung (WTO-Verfahren, Schiedsgerichtsverfahren etc.). Der Vorstand wird weitere Einzelheiten besprechen.

Die Mitgliederversammlung beschließt, die nächste Tagung in Curitiba abzuhalten.

TOP 7: Verschiedenes

Es wird aus dem Kreis der Mitglieder angeregt, die Vorträge der nächsten Tagungen inhaltlich so

aufeinander abzustimmen, dass in der anschließenden Diskussion ein Rechtsvergleich leichter möglich ist.

Es wurde eine Aktualisierung und Verbesserung der DBJV-Homepage angeregt. Auf diese Weise könnte der Bekanntheitsgrad der DBJV noch vergrößert und neue Mitglieder gewonnen werden. Angedacht wurde, die Homepage in zwei Bereiche aufzuteilen. Der eine wäre allgemein zugänglich, der andere nur über ein Passwort. Vorschläge und Beiträge für die Homepage können an Herrn Jorge Knauss de Mendonça oder Herrn Andreas Grünewald herangetragen werden.

Die Mitgliederversammlung dankt Frau Gisela Puschmann und Herrn Bernhard Lippsmeier für die Organisation der Tagung 2002 in Frankfurt.

Die Mitgliederversammlung schließt um 11:45 Uhr.

Für die Richtigkeit:

Vorstandsvorsitzender:
Dr. Jan Curschmann

Protokollführer:
Christian Gloger, M.A.\\

Die Steuernummer für Ausländer in Brasilien

Karin K.F. Marks LL.M. und Katharina Krapp*

Allgemeines

Seit Inkrafttreten der Durchführungsbestimmungen (*Instruções Normativas*, "IN"s) Nr. 190 vom 9. August 2002 und Nr. 200 vom 13. September 2002 müssen juristische und natürliche Personen mit Sitz bzw. Wohnsitz im Ausland eine Steuernummer in Brasilien beantragen, wenn sie einschreibungspflichtige Güter oder Rechte besitzen oder erwerben wollen.

Einschreibungspflichtige Gegenstände sind:

- Immobilien, Fahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge;
- Gesellschaftsbeteiligungen, Kontokorrent- und Bankkonten, Anlagen im Finanzmarkt und Anlagen im Kapitalmarkt.

Die Einschreibungspflicht betrifft sowohl juristische als auch natürliche Personen, wobei juristische Personen im brasilianischen Steuerregister für juristische Personen, dem sogenannten "CNPJ" (*Cadastro Nacional da Pessoa Jurídica*) und natürliche Personen im brasiliani-

schen Steuerregister für natürliche Personen, dem "CPF" (*Cadastro das Pessoas Físicas*) registriert werden.

Nach der alten Rechtslage war noch unklar, ob die Registrierungspflicht auch für die juristischen Personen gelten sollte, die ihren Sitz im Ausland haben, aber Beteiligungen an einer brasilianischen Gesellschaft halten. Dieser Zweifel besteht nun nach der neuen Rechtslage nicht mehr, wonach sich jeder ausländische Investor, der in Brasilien eine gesellschaftsrechtliche Beteiligung hält, im CNPJ bzw. CPF registrieren lassen muss. Keine Registrierungspflicht besteht hingegen für Ausländer, die lediglich in Brasilien registrierte Immaterialgüter wie Patente oder registrierte Marken besitzen.

Einschreibung

1. Natürliche Personen

Die Einschreibung für eine natürliche Person mit Wohnsitz im Ausland (unabhängig davon, ob Ausländer oder Brasilianer) kann auf zwei Wegen erfolgen: Sie kann entweder von Deutschland aus in der nächsten brasilianischen diplomatischen Vertretung unter Vorlage der speziellen Formulare (erhältlich im Internet) vorgenommen werden, oder direkt in Brasilien bei der brasilianischen Steuerbehörde. Letzte-

* Karin K.F. Marks ist Anwältin in Sao Paulo und Mitglied der deutschsprachigen Abteilung von Trench, Rossi e Watanabe Advogados/ Baker&McKenzie ; Katharina Krapp ist dortselbst derzeit Rechtsreferendarin

res ist auch ohne Wohnsitz, während eines nur vorübergehenden Aufenthaltes in Brasilien möglich.

In jedem Falle ist ein Bevollmächtigter zu bestellen. Als Bevollmächtigter muss eine selbst im CPF eingeschriebene, natürliche Person mit Wohnsitz in Brasilien gewählt werden.

Erfolgt die Einschreibung nicht unmittelbar auf einem dieser Wege, besteht die Möglichkeit, die Registrierung durch den Bevollmächtigten in Brasilien beantragen zu lassen.

2. Juristische Personen

Eine juristische Person mit Sitz im Ausland muss sich durch Ausfüllen der auf der Website des Finanzministeriums erhältlichen Formulare und Einreichung der diese Angaben belegenden Dokumente (über den brasilianischen Schnellpostdienst SEDEX) registrieren lassen. Zuständig für die Einschreibung der juristischen Person ist das für den Wohnsitz des Bevollmächtigten zuständige Sekretariat der brasilianischen Bundessteuerbehörde.

Auch für juristische Personen mit Sitz im Ausland ist zu beachten, dass diese als Bevollmächtigten eine natürliche Person benennen müssen, die sowohl einen Wohnsitz in Brasilien hat, als auch selbst im Steuerregister für natürliche Personen eingeschrieben ist.

3. Änderung von Daten

Jegliche Änderung der Daten nach der Einschreibung muss innerhalb von 30 Tagen mitgeteilt werden. Im Falle des Erlöschens der juristischen Person im Ausland oder Ablebens der natürlichen Person oder im Falle des Verkaufs der einschreibungspflichtigen Güter muss die Löschung der Einschreibung unter Vorlage der entsprechenden Dokumente, die dies nachweisen, beantragt werden.

4. Erforderliche Dokumente und Verfahren in der Praxis

Allgemeines

Alle aus dem Ausland stammenden und dort gezeichneten Dokumente müssen von dem für den Sitz der juristischen Person bzw. Wohnsitz der natürlichen Person zuständigen brasilianischen Konsulat beglaubigt werden. Etwas anderes gilt nur dann, wenn zwischen Brasilien und dem jeweiligen Land ein entsprechendes Sonderabkommen besteht. Zwischen Brasilien und Deutschland besteht jedoch kein solches Abkommen.

Soweit die Urkunden und Dokumente nicht in portugiesischer Sprache verfasst worden sind, bedarf es außerdem der Übersetzung durch einen vereidigten Übersetzer.

a. CPF

Für die Einschreibung ausländischer natürlicher Personen in das CPF bedarf es einer Vollmacht für eine natürliche Person, die ihren Wohnsitz in Brasilien hat und selbst im CPF eingeschrieben ist.

Weiterhin eine Kopie des Identitätsausweises des Antragstellers, der auch Angaben über die Eltern des Antragstellers enthalten muss und eine Kopie des Identitätsausweises, sowie des Nachweises der Einschreibung im CPF des Bevollmächtigten. Sofern der Identitätsausweis des Antragstellers keine Angaben über die Eltern enthält, müssen diese gesondert belegt werden.

Nach erfolgter Einschreibung im CPF müssen natürliche Person ohne Wohnsitz in Brasilien jährlich zwischen den Monaten August und November eine Nichtveranlagungserklärung abgeben (*Declaração Anual de Insenção*).

Zuständig für den Empfang dieser Erklärung sind alle Postbehörden, Lottereiannahmestellen und autorisierte Banken. Die Erklärung kann auch per Telefon oder Internet abgegeben werden. Wird die Erklärung in zwei aufeinanderfolgenden Jahren nicht abgegeben, wird die CPF-Registrierung gelöscht.

b. CNPJ

Juristische Personen müssen für die Einschreibung in das CNPJ zunächst die Registrierungsformulare und das Formular über die Angaben der Gesellschafter und Geschäftsführer, die auf der Website der Bundessteuerbehörde erhältlich sind, ausfüllen. Zusätzlich bedarf es das vom Bevollmächtigten ausgefüllte und unterschriebene Antragsformular (*documento básico de entrada*, „DBE“), welches ebenfalls auf der Website erhältlich ist. Die Unterschrift des Bevollmächtigten ist zu

beglaubigen (*reconhecimento de firma*). Einzureichen ist weiterhin die Vollmacht selbst. Der Umfang der Vollmacht muss sich auch auf die Befugnis zur Verwaltung der einschreibungspflichtigen Güter in Brasilien erstrecken.

Nach Einschreibung im CNPJ-Register muss die juristische Person mit Sitz im Ausland jährlich über das Internet eine sog. Erklärung juristischer Personen mit Sitz im Ausland („*DAIPJ- Exterior*“) abgeben. Wird diese Erklärung nicht abgegeben, wird die Gesellschaft als irregulär betrachtet.

Auf der Webseite der Bundessteuerbehörde

www.receita.fazenda.gov.br

können der Nachweis über die erfolgte Einschreibung sowie der Stand des Registrierungsverfahrens für juristische und natürliche Personen in portugiesischer Sprache abgerufen werden.

Strafen für Missachtung

Für die Missachtung der Einschreibungspflicht sind keine Strafen vorgesehen (mit Ausnahme einer Gebühr von R\$ 74,-- [ca. EUR 22,--] für den Fall, dass die CNPJ-Registrierung nicht erneuert wird). Das Einkommenssteuergesetz enthält zwar eine allgemeine Strafregele für die Missachtung steuerrechtlicher Pflichten, welche jedoch lediglich eine recht geringe Geldbusse vorsieht.

Es kann aber im Falle einer Nichtbefolgung der Einschreibungspflicht die Vornahme von Transaktionen, wie z.B. Ausschreibungen, Übertragung von Gesellschaftanteilen, Banktransaktionen oder auch die einfache Registrierung von gesellschaftsrechtlichen Dokumenten unmöglich werden, wenn die Behörden für die entsprechenden Vorgänge den Nachweis über die Einschreibung in das CNPJ oder CPF fordern.

In diesem Zusammenhang ist zu beachten, dass nun von Seiten des brasilianischen Handelsregisters des Bundesstaates São Paulo der Beschluss vom 06.02.2003 bekannt gegeben wurde, womit bestimmt worden ist, dass für die Errichtung, Umwandlung, Aufnahme, Verschmelzung oder die Verbindung von Unternehmen, sowie jede andere Änderung des Gesellschaftsvertrages die CPF-Nummer bzw. CNPJ- Nummer von den ausländischen Gesellschaftern bis auf weiteres nicht verlangt werden wird.

Aktuelle Problematik

1. Problemaufriss

Seit der Einführung dieser Durchführungsbestimmungen und insbesondere mit Ablauf der Fristen für den Beginn der Einschreibungspflicht (29.11.2002 für Güter und 31.12.2002 für Rechte) besteht für viele ausländische Unternehmen in Brasilien ein unregelmäßiger Zustand, denn es hat sich herausgestellt, dass sich die praktische Umsetzung der nun zahlreich beantragten Regist-

rierungen weitaus schwieriger gestaltet, als erwartet. Dies gilt besonders für die Registrierungen der ausländischen juristischen Personen im CNPJ, weil für diese naturgemäß ein größerer bürokratischer Aufwand erforderlich ist, als für natürliche Personen.

Bereits auf Seiten der Unternehmen stellt sich in vielen Fällen das Problem, alle für die Einschreibung erforderlichen Dokumente zu beschaffen. Die brasilianische Behörde fordert eine Vielzahl verschiedener Unterlagen. Oftmals sind Dokumente erforderlich, welche mangels Notwendigkeit nicht einmal im Herkunftsland vorhanden sind, sondern erst dort beschafft werden müssen.

Hinzu kommt, dass die Dokumente anschließend erst beglaubigt, überbeglaubigt und schließlich von einem vereidigten Übersetzer übersetzt werden müssen. Diese Prozedur kann sowohl zeitlich als auch finanziell erheblichen Aufwand mit sich bringen.

Jedoch auch die Steuerbehörde hat mit praktischen Schwierigkeiten bei den Registrierungen zu kämpfen. Sie ist der Vielzahl von Anträgen, die mit dem Ablauf der Frist eingegangen sind, nicht gewachsen. So konnten zum Beispiel allein im Bundesstaat São Paulo von ca. 5000 eingegangenen Anträgen bis zum Monat März des Jahres 2003 ca. 1300 Anträge nicht bearbeitet werden. Die Unternehmen warteten zum Teil wochenlang auf den Erhalt der CNPJ- Nummer und konnten in diesem Zeitraum keine Handlungen

vornehmen, für welche die Angabe der CNPJ- Nummer erforderlich ist.

Die wohl gravierendste Folge in diesem Zusammenhang ist, dass ohne CNPJ- Nummer von den Unternehmen keine Währungswechselverträge bei der Zentralbank abgeschlossen werden können, mithin Investitionen nicht möglich sind. Das System der brasilianischen Zentralbank (*Sisbacen*) sieht seit 15. Januar 2003 vor, dass die CNPJ- Nummer für den Abschluss von Währungswechselverträgen für Direktinvestitionen angegeben werden muss. Diese Regelung erfolgte in Übereinstimmung mit den hier zur Rede stehenden Durchführungsbestimmungen, denn Ziel dieser Bestimmungen ist die bessere Kontrolle von Devisengeschäften.

Deshalb ist eine Vielzahl von Unternehmen gehindert, Direktinvestitionen vorzunehmen, denn ohne Angabe der CNPJ-Nummer ist die Registrierung des Geldes bei dem Registrierungssystem der Zentralbank für externe Investitionen, RDE-IED (*Registro Declaratório Eletrônico- Investimento Externo Direto*) nicht möglich (etwas anderes gilt nur dann, wenn die juristische Person bereits eine RDE-Nummer hat). Geldbeträge in Höhe von Millionen können somit nicht nach Brasilien überwiesen werden. In Anbetracht der wirtschaftlichen Situation des Landes ist diese Konsequenz eines rein bürokratischen Vorganges äußerst bedenklich.

2. Ausblick

Die Unternehmen helfen sich in dieser Situation, indem sie auf Anraten von Juristen anstelle von Direktinvestitionen die Geldmittel als zinsfreie Darlehen nach Brasilien überweisen. Denn dies erfolgt über ein anderes System der Zentralbank, dem sog. RDE-ROF (*Registro Operações Financeiras*), durch welches sämtliche ausländische Darlehen registriert werden und für dessen Inanspruchnahme die Angabe der CNPJ-Nummer nicht erforderlich ist. Nach Erhalt der CNPJ-Nummer kann dann das Darlehen in eine Investition umgewandelt werden.

Daneben hat aber auch die Bundessteuerbehörde versichert, ihre Anstrengungen zu intensivieren, um die bestehenden Probleme zu lösen. Es bleibt also zu hoffen, dass schon recht bald die Registrierungen sämtlicher Unternehmen im CNPJ abgeschlossen sein werden und die Geschäfte wie gewohnt fortgesetzt werden können.\\

Novos rumos do processo de execução no Brasil – “Aspectos referentes à defesa endoprocessual do executado”

(1ª Parte)

Bruno Campos Silva *

“O passado, bom ou mau, já passou, vivamos, portanto, construindo no presente, uma base firme e duradoura, para o futuro que se aproxima.”

(Dioclécio Campos – avô materno)

SUMÁRIO: 1. Introdução 2. As crises emanadas da sociedade e a técnica processual em suas diversas facetas – Análise perfunctória 3. O futuro do processo de execução no Brasil – especialmente em relação

* Advogado em Minas Gerais. Especialista em Direito Processual Civil pelo Centro de Extensão Universitária – CEU, de São Paulo. Membro da Associação Brasileira dos Advogados Ambientalistas – ABAA. Membro da Comissão de Meio Ambiente da 14ª Subseção da OAB/MG. Autor de artigos publicados em jornais e revistas nacionais e estrangeiras.

O presente trabalho contou com o apoio diversificado e constante da mestrandia em Direito Penal, Criminologia e Medicina Forense na Universidade de São Paulo, Mônica Tormin Cunha, exemplo de pessoa, vida latente e luta incessante pela sobrevivência e ideais; consignamos nosso muitíssimo obrigado. Dedicamos, também, o presente estudo, ao querido afilhado Lucca, recém-chegado ao mundo e, ao amigo, André Avelino da Costa Nunes Neto – “Pepiu”.

A 2ª parte vai ser publicada na próxima edição da revista da DBJV.

aos meios de se opor à execução 4. As possíveis defesas (incidentes) endoprocessuais do executado e o regramento constitucional do contraditório na execução 5. Aspectos controvertidos da terminologia “exceção de pré-executividade” 6. O Anteprojeto da Reforma da Execução Civil – relativo aos embargos do devedor na execução fundada em títulos executivos extrajudiciais e algumas observações importantes concorrentes às defesas (*rectius*: incidentes) manejadas diretamente na execução 7. Conclusões 8. Referência Bibliográfica 9. Anexo

1. Introdução

O presente trabalho tem por escopo abordar os novos rumos do processo executivo brasileiro, juntamente com as diversas espécies de defesas (incidentes) endoprocessuais postas ao executado quando das inúmeras situações concretas que as viabilizam, logicamente sem querer esgotar o assunto que consiste em ce-leuma dentro do processo de execução, bem como lançar alguns pontos que despertem reflexão e salutar discussão dos operadores do direito.

O texto inicia com um enfoque nas diversas crises emanadas das relações em sociedade, as quais são amenizadas ou, até mesmo, extirpadas pela técnica “a serviço dos diversos escopos”⁵ do processo civil.

Após tratar da meta (não um fim em si mesmo – e sim, uma finalidade prática) primordial do processo civil moderno, tratar-se-á do processo de execução e as novas miradas advindas das últimas recentes reformas processuais pontuais e as que estão por vir, todas elas fulcradas na *efetividade processual*.

Pontifica o Prof. Cândido Rangel Dinamarco com a acuidade que lhe é peculiar: “É preciso debelar o *mito dos embargos* que leva os juízes a uma atitude de espera, postergando o conhecimento de questões que poderiam e deveriam ter sido levantadas e conhecidas liminarmente, ou talvez, condicionando o seu conhecimento à oposição destes. Dos fundamentos dos embargos (CPC, art. 741), muitos poucos são os que o juiz não pode conhecer de ofício, na própria execução”⁶.

Serão delineadas algumas formas de defesa endoprocessual do executado (tanto objeções como exceções), além de esclarecer a confusão empreendida pelos operadores do direito, quanto à terminologia “exceção de pré-executividade”, às vezes, impropriamente empregada pelos mesmos, eis que as conseqüências são diversificadas.

Além disso, far-se-á um breve, porém, importante comentário ao Anteprojeto da Reforma da Execução Civil, situando a posição e finalidade da defesa endo-processual⁷ do executado.

Imperioso deixar claro, que tal proposta de alteração ainda será submetida ao crivo do Congresso Nacional, portanto, passível de futuras modificações.

2. As crises emanadas da sociedade e a técnica processual em suas diversas facetas – Análise perfunctória

O processo civil, em sua fase atual, não somente no Brasil, vem passando por diversas modificações pontuais, sinalizando para a tão propagada *efetividade processual*.

A convivência em sociedade implica em situações conflitantes, eis que o homem é por si mesmo um ser insatisfeito, fazendo deflagrar a *litigiosidade contida* (expressão utilizada pelo ilustre Prof. Kazuo Watanabe), característica marcante na contenção dos litígios.

Nesse passo, começam a surgir manifestações desta insatisfação, as quais descortinam-se nas diversas crises de certeza, de adimplemento, das situações jurídicas e de segurança. Em específico e mais consentâneo ao desenvolvimento deste trabalho, tratar-se-á das crises de adimplemento que se identificam

⁵ A instrumentalidade do processo, n. 31, p. 226.

⁶ Execução civil, n. 294, p. 451.

⁷ Cfr. Sandro Gilbert Martins, A defesa do executado por meio de ações autônomas, p. 81.

diretamente com o processo de execução.

Por meio da técnica processual executiva, tenta-se amenizar ou extirpar a crise de adimplemento, quando uma parte almeja de outra a satisfação de um direito seu e esta cria obstáculos à sua realização.

Eis a perfeita lição do insigne Prof. Cândido Rangel Dinamarco: “(...) É impossível e seria de duvidosa utilidade traçar com eficiência o desenho geral de toda essa trama de situações e técnicas diferenciadas, mas uma visão muito ampla desse vasto universo mostra que: a) as *crises de certeza*, caracterizadas pela dúvida objetiva quanto a uma relação jurídica (quando desacompanhadas do inadimplemento da obrigação – acréscimo da nota de rodapé), recebem solução eficiente mediante a *sentença declaratória* (CPC, art. 4º); b) as *crises de adimplemento*, ocorrentes quando um sujeito pretende de outro um ato de satisfação do direito e este o sonega, são solucionadas mediante os atos de *execução forçada*; c) as *crises das situações jurídicas*, que consistem na insatisfação em face de uma relação jurídica existente ou da inexistência de alguma outra, debelam-se mediante as *sentenças constitutivas*”⁸.

O processo civil caracteriza-se como uma entidade⁹ complexa alicer-

çada em princípios e regramentos constitucionais (relação jurídica processual cambiante + procedimento realizado em contraditório).

Quanto ao regramento constitucional do contraditório, elucida o insigne Prof. Aroldo Plínio Gonçalves: “O contraditório foi definitivamente conquistado como um direito das partes, foi consagrado, no Brasil, como garantia constitucional, e se transformou em uma exigência da instrumentalidade técnica do processo. A idéia que está em sua base é a da evolução da prática da democracia e da liberdade, em que os interesses divergentes ou em oposição encontram espaço garantido para sua manifestação, na busca da decisão participada”¹⁰.

O Prof. Dinamarco manifestou-se no seguinte sentido: “Como método de trabalho, processo é uma *série de atos interligados e coordenados ao objetivo de produzir a tutela jurisdicional justa, a serem realizados no exercício de poderes ou faculdades ou em cumprimento a deveres ou ônus*. Os atos interligados, em seu conjunto, são o *procedimento*. O conjunto de situações jurídicas ativas e passivas que autorizam ou exigem a realização dos atos é a *relação jurídica processual* (poderes, faculdades, deveres e ônus). E o processo, no modelo traçado pela Constituição e pela lei, é uma *entidade complexa*, integrada por esses dois elementos associados – *procedimento e relação jurídica processual*. Cada ato do procedimento *pode* ser realizado porque o sujeito

⁸ Instituições de Direito Processual Civil, v. II, p. 38.

⁹ Entidade seria no sentido de “não ser possível sua visualização”, ou seja, o que, realmente, visualiza-se é um feixe de papéis que compõe o procedimento.

¹⁰ Técnica processual e teoria do processo, p. 194.

que quer realiza-lo tem a faculdade ou o poder de faze-lo; ou *deve* ser realizado porque ele tem um dever ou um ônus. O conceito de processo, segundo os modelos impostos por superiores razões políticas, não se exaure no procedimento nem coincide com o de relação processual. Processo é, ao mesmo tempo, uma relação entre atos e uma relação entre sujeitos (Liebman)”¹¹.

Continua o insuperável mestre: “O *procedimento* é o elemento visível do processo. Nele reside a caminhada avante que caracteriza o próprio processo (*procedere* é caminhar adiante)”¹².

E logo em seguida assevera: “A *relação jurídica processual*, como ente puramente jurídico que é, não tem existência perceptível aos sentidos. As situações jurídicas ativas e passivas que a compõem constituem abstrações, como são abstrações todas as situações instituídas pelo direito (obrigações, direitos subjetivos *etc.*). Elas constituem a *alma do processo*, cujo *corpo físico* é o procedimento”¹³.

Assim, a técnica processual que o operador do direito lança mão, a fim de atingir, pelo menos, resultados desejáveis, dimana do processo cognitivo, de execução, das medidas cautelares (*rectius*: medidas de urgência) *etc.*

Eis o entendimento do Prof. Dinamarca: “Para atingir os resultados

desejáveis, a ordem processual oferece uma série grande e variada de técnicas, procurando amoldá-las à realidade dos conflitos, da natureza do bem ou da obrigação ou do modo como os direitos são postos em crise. Essas técnicas aparecem na disciplina legal do processo de conhecimento, do executivo, do monitório, das medidas cautelares, das sentenças mandamentais *etc.*, com especificações correspondentes às situações particulares que o legislador leva em conta”¹⁴.

Pontifica com extrema lucidez o insigne Prof. José Carlos Barbosa Moreira: “E mais: quando porventura nos pareça que a solução técnica de um problema elimina ou reduz a efetividade do processo, desconfiemos, primeiramente de nós mesmos. É bem possível que estejamos confundindo com os limites da técnica os da nossa própria capacidade de domina-la e de explorar-lhe a fundo as virtualidades. A preocupação com a efetividade deveria levar-nos amiúde a lamentar menos as exigências, reais ou supostas, imputadas à técnica do que a escassa habilidade com que nos servimos dos recursos por ela mesma colocados à nossa disposição”¹⁵.

3. O futuro do processo de execução no Brasil – especialmente em relação aos meios de se opor à execução

¹¹ Instituições de Direito Processual Civil, v. II, p. 26.

¹² Ibidem, mesma página.

¹³ Ibidem, p. 27.

¹⁴ Ibidem, p. 37.

¹⁵ “Efetividade do processo e técnica processual”, in Temas de direito processual civil, sexta série, p. 28.

As recentes reformas pontuais e as que estão por vir atinentes ao processo de execução, visam suprimir expedientes desnecessários e temerários que, ainda, infelizmente, encontram-se impregnados na máquina judiciária, conspurcando o devido processo constitucional.

O ilustre Prof. Athos Gusmão Carneiro ao sugerir uma nova sistemática à execução, aduziu o seguinte: “É tempo, já agora, de pensar-se, ou melhor, de passarmos do pensamento à ação em tema de melhoria dos procedimentos executivos. A execução permanece o ‘calcanhar de Aquiles’ do processo. Nada mais difícil, com freqüência, do que impor no mundo dos fatos os preceitos abstratamente formulados no mundo do direito. Com efeito: após o longo contraditório no processo de conhecimento, ultrapassados todos os percalços, vencidos os sucessivos recursos, sofridos os prejuízos decorrentes da demora (quando menos o ‘damno marginale in senso stretto’ de que nos fala Ítalo Andolina), o demandante logra obter ao fim a prestação jurisdicional definitiva, com o trânsito em julgado da condenação da parte adversa. Recebe então a parte vitoriosa, de imediato, sem tardança maior, o ‘bem da vida’ a que tem direito? Triste engano: a sentença condenatória é título executivo, mas não se reveste de preponderante eficácia executiva. Se o vencido não se dispõe a cumprir a sentença, haverá iniciar o processo de execução, efetuar nova citação, sujeitar-se à contrariedade do executado mediante ‘embargos’,

com sentença e a possibilidade de novos e sucessivos recursos”¹⁶.

E ainda: “Lembremos que ALCALÁ-ZAMORA combate o tecnicismo da dualidade, artificialmente criada no direito processual, entre o processo de conhecimento e processo de execução. Sustenta ser mais exato falar apenas de *fase processual de conhecimento* e de *fase processual de execução*, que de processo de uma e outra classe. Isso porque ‘a unidade da relação jurídica e da função processual se estende ao longo de todo o procedimento, em vez de romper-se em um dado momento’ (*Proceso, autocomposición y autodefensa*, UNAM, 2ª ed., 1970, n. 81, p. 149)”¹⁷. Conhecimento e declaração sem execução – proclamou COUTURE, é academia e não processo (*apud* Humberto Theodoro Júnior, *A execução de sentença e a garantia do devido processo legal*, Ed. Aide, 1987, p. 74)¹⁸.

Ainda nos dizeres do insigne Prof. Athos Gusmão Carneiro: “A dicotomia atualmente existente, adverte Humberto Theodoro Jr., importa a paralisação da prestação jurisdicional logo após a sentença e a complicada instauração de um novo procedimento, para que o vencedor possa finalmente tentar impor ao

¹⁶ Sugestões para uma nova sistemática da execução, cópia do artigo completo gentilmente cedida pelo Prof. Paulo Henrique dos Santos Lucon, em aula ministrada no curso de especialização em Direito Processual Civil do Centro de Extensão Universitária – CEU, de São Paulo, 2002, ps. 1-2.

¹⁷ *Ibidem*, p. 2.

¹⁸ *Ibidem*, mesma página.

vencido o comando soberano contido no decisório judicial. Há, destarte, um longo intervalo entre a definição do direito subjetivo lesado e sua necessária restauração, isso por pura imposição do sistema procedimental, sem nenhuma justificativa que de ordem lógica, quer teórica, quer de ordem prática (ob. cit., p. 149 e *passim*)”¹⁹.

Na verdade, com a futura reforma da execução civil no Brasil, no que concerne aos títulos executivos judiciais (*verbi gratia*, sentenças condenatórias), serão afastados princípios que retardam o procedimento, atendendo-se à *efetividade processual*. A execução desses títulos, como processo autônomo está com seus dias contados, dando lugar a um expedito processo sincrético, onde a execução *ex intervallo* inexistirá.

O meio de defesa do executado, em se tratando de títulos executivos judiciais, será literalmente uma defesa e não mais uma ação autônoma, vez que a figura dos embargos à execução desaparecerá, dando lugar a uma simples impugnação, em homenagem ao já mencionado processo sincrético.

Quanto aos meios de defesa do executado na execução fundada em título executivo extrajudicial, o instituto dos embargos do devedor subsistirá, entretanto, com algumas nuances. Tais aspectos serão abordados no decorrer do presente trabalho, juntamente com o meio de defesa (incidente) endoprocessual do executado.

¹⁹ Ibidem, mesma página.

Eis o posicionamento do ilustre Prof. Sálvio de Figueiredo Teixeira: “A respeito dessa profunda alteração no sistema de execução, é de aduzir-se que já foram elaborados dois novos anteprojetos: um, a extinguir o processo executivo por quantia certa contra devedor solvente, fundado em título judicial; outro, a simplificar o processo executivo fundado em títulos extrajudiciais”²⁰.

4. As possíveis defesas (incidentes) endoprocessuais do executado e o regramento constitucional do contraditório na execução

Quanto à possibilidade do executado se defender endoprocessualmente antes de realizado o ato construtivo, pertinente citar classificação do ilustre Prof. Sérgio Shimura: “a) matérias que podem e devem ser conhecidas de ofício pelo juiz, isto é, matérias de ordem pública (pressupostos processuais, condições da ação); tais tarefas são argúveis por meio de objeção de pré-executividade; b) matérias que devem ser objeto de alegação da parte, sendo, porém, desnecessária qualquer dilação probatória para sua fundamentação; podem ser veiculadas pela chamada exceção de pré-executividade; c) matérias que devem ser alegadas pela parte, cuja comprovação exige dilação probatória; nesse caso, mister se faz a opo-

²⁰ Código de processo civil anotado, nota à 7ª edição.

sição dos respectivos embargos do devedor”²¹.

Os incidentes defensivos quando tratam de matéria de ordem pública devem ser conhecidos *ex officio* pelo magistrado (seria, *in casu*, verdadeira objeção de pré-executividade). Tais incidentes, conforme os ensinamentos do Prof. Sérgio Shimura, versam sobre pressupostos processuais e condições da ação executiva.

Alguns doutrinadores defendem a tese de que no processo de execução não há que se falar em julgamento de mérito, e que tal julgamento seria postergado para a sede de embargos do executado. Em que pesem as duntas opiniões, ousamos divergir em alguns aspectos.

O primeiro deles reside no fato de que, às vezes, nos autos do processo de execução, o juiz se vê obrigado a decidir o *meritum causae*, principalmente em se tratando de matérias, tais como o pagamento, a transação – formas de extinção da obrigação e que refogem a aspectos estritamente processuais. Nesses casos, se o magistrado acolher o pedido, o processo será extinto com julgamento de mérito.

Corroborar o mesmo entendimento o insigne Prof. Nelson Nery Junior: “Pode o devedor opor, antes de oferecer bens à penhora ou embargar, verdadeira *exceção de executividade*, versando sobre matéria de direito dispositivo, só examinável se alegado pela parte ou interessado. A desnecessidade dos embargos, nesse

caso, ocorreria somente em casos excepcionais, quando o trancamento da execução pudesse dar-se com mera cognição sumária, sem necessidade de dilação probatória ou investigação mais profunda. É o caso, por exemplo, da existência de prova cabal do pagamento ou da prescrição da eficácia executiva do título. O devedor poderá argüir *exceção de executividade*. Em qualquer dessas situações (objeção ou exceção de executividade), o juiz deve dar oportunidade ao credor para manifestar-se quanto ao requerimento do devedor”²².

Em tais circunstâncias, de simples exposição (de fácil constatação), ou seja, sem necessidade de uma maior dilação probatória, propugnamos pela adoção de defesa endoprocessual (seria, *in casu*, verdadeira exceção de pré-executividade) a ser manejada nos próprios autos do processo de execução, em consonância aos princípios da proporcionalidade e da menor onerosidade.

Conforme elucida o ilustre Prof. Eduardo Arruda Alvim: “O princípio da *proporcionalidade* tem sido fundamentalmente aplicado na Alemanha, a partir do limiar da década de 1970, consistindo em referencial, especialmente, do controle da constitucionalidade das leis, no sentido de, particularmente em relação aos direitos fundamentais, permitir a avaliação da extensão e a intensidade da restrição decorrente da lei ordinária em face do direito fundamental em pauta, e, mais especialmente, quando há duas situa-

²¹ Título executivo, p. 70.

²² Princípios do processo civil na constituição federal, p. 145-46.

ções de direitos fundamentais, aparentemente antagônicas, com vistas a saber se essa lei ordinária não exorbita do necessário, do imprescindível, do adequado, do proporcional à proteção de uma situação. Isso de tal forma que uma situação seja protegida, mas que a outra não seja, desnecessariamente, lesada”²³.

E, ainda: “Se, no caso, existe, de uma parte, *o direito do credor*, de outra parte, existe o direito do *devedor* de somente vir a ser executado diante da existência de um título executivo sobre o qual não paire, *primo icto oculi*, dúvida apreciável”²⁴.

A seguir pontifica o seguinte: “Se houver dúvida, parece ser injustificável constranger-se parte do patrimônio, ou, às vezes, quase todo o patrimônio do devedor, *afetando-o a uma execução*, cujo resultado, *ao que tudo indica*, mostrar-se-á desfavorável ao credor. No fundo, propender-se por opinião contrária à *exceção/objeção de pré-executividade* é interpretar a lei e o direito com base em máximas críticas, mormente nos dias que correm, ou seja, *dura lex, sed lex (a lei é dura, mas é a lei)*, deixando de lado outra máxima, incomparavelmente mais aproximada dos valores contemporâneos, qual seja, a do *summum ius, summa iniuria*”²⁵.

Arremata o insigne professor: “A-cresce, ainda, que a utilização do

princípio da proporcionalidade se manifesta, no caso, por meio *princípio da individualização*, com título executivo tem direito à penhora, isso não quer significar que assim haja de ocorrer em todas as hipóteses. Hipóteses haverá, *quando se entremostrarem situações tais que não justifiquem a penhora*, que se haja de *individualizar essas situações* como acolhimento da objeção de pré-executividade”²⁶.

De acordo, ainda, com o entendimento do Prof. Eduardo Arruda Alvim: “Todavia, o que temos visto na prática é que a exceção de pré-executividade está preenchendo espaços, colmatando lacunas e, de fato, tornou-se uma alternativa viável para que o executado demonstre a insubsistência da execução, sem necessitar comprometer seu patrimônio e também sem atravancar o curso e a celeridade do processo de execução pois, em regra, este incidente é decidido com rapidez e, no geral, há um ganho de tempo muito grande com a adoção deste procedimento, pois se evidenciada a nulidade da execução, por exemplo, evita-se o prosseguimento de um processo fadado ao insucesso, em que a execução seja visivelmente incabível”²⁷.

O segundo aspecto refere-se ao momento de incidência do regramento constitucional do contraditório no processo de execução.

Há autores que tratam do contraditório como regramento constitucional e outros como verdadeiro prin-

²³ Processo de execução e assuntos afins. Coordenação Teresa Arruda Alvim Wambier e Sérgio Shimura, p. 231.

²⁴ Ibidem, mesma página.

²⁵ Ibidem, mesma página.

²⁶ Ibidem, mesma página.

²⁷ Ibidem, p. 211.

cípio constitucional. Não cabe ao presente trabalho diferenciar regramentos de princípios.

O contraditório significa, *grosso modo*, ‘participação efetiva das partes no processo em simetria de armas’, acrescenta-se que tal garantia, também, é endereçada ao juiz, conforme elucida o Prof. Dinamarco.

Ao sintetizar o conceito de contraditório, a melhor doutrina, segundo o Prof. Marcelo Lima Guerra, pontificou o seguinte: “*informação* (necessária) e *participação* (eventual)”²⁸.

De acordo com o ensinamento do Prof. Cândido Rangel Dinamarco: “a doutrina definiu o contraditório como a necessária ciência, por ambas as partes, do que se faz ou que se pretende que seja feito no processo e *possibilidade* de cooperar e contrariar”²⁹.

Partindo de tal premissa conceitual e acompanhando os posicionamentos acima mencionados, pode-se chegar à conclusão de que, realmente, ocorre a incidência do contraditório no processo de execução, entretanto, consoante o entendimento do ilustre Prof. Paulo Henrique dos Santos Lucon, em aula ministrada no Centro de Extensão Universitária, tal incidência seria relativa.

O Prof. Marcelo Lima Guerra, aduz o seguinte: “É, aliás, a incidência do contraditório no processo de e-

xecução que justifica a aplicabilidade, nesse processo, do art. 9º do CPC. Como se sabe, a necessidade de nomeação de curador especial quando, no processo de execução, o devedor é citado por edital é tema polêmico, tendo em vista o antagonismo entre autores de igual nomeada”³⁰.

E mais: “Tal polêmica, no entanto, pode ser considerada em larga medida superada em razão de o Supremo Tribunal Federal já haver se manifestado sobre o assunto. Decidiu, esse egrégio Tribunal que ‘é devida a nomeação de curador especial ao executado que, citado por edital, não comparece a juízo’”³¹.

A garantia constitucional do contraditório aflora no processo de execução na medida em que o devedor não poderá ser sacrificado além de certos limites (*ex vi* do art. 620, do CPC), nesse caso ocorre verdadeiro controle do processo executivo por parte do mesmo.

Na mesma esteira, o Prof. Marcelo Lima Guerra esclarece o seguinte: “Na mesma ordem de idéias, o devedor participa também no processo de execução controlando diversos atos processuais aí realizados, especialmente aqueles que se caracterizam como verdadeiras decisões interlocutórias. É que, embora seja composto preponderantemente de atos (ou atividades) materiais que levam à satisfação do credor, o processo de execução não está isento da realização de alguma ‘cognição’, que bem se pode chamar de *instru-*

²⁸ Execução Forçada, p. 26.

²⁹ Execução civil, p. 168.

³⁰ Execução forçada., p. 27.

³¹ Ibidem, mesma página.

mental. Na verdade, seria inconcebível, como adverte Dinamarco, ‘um juiz *robô*, sem a participação inteligente e nem poder decisório’³².

In casu, a atividade decisória do juiz seria limitada ao controle dos requisitos de admissibilidade da execução.

Consoante os ensinamentos do Prof. Cândido Rangel Dinamarco: “Ele o faz quando resolve a questão de estar ou não amparada de título executivo a demanda inicial do exequente (v.g., letra de câmbio sem aceite). Ele o faz quando verifica se em toda a sua extensão a pretensão do credor está apoiada no título que exhibe (v.g., se é o caso de contar correção monetária e a partir de quando). Ele o faz autorizando ou negando a substituição do bem penhorado, ou a redução da penhora; ou através da decisão interlocutória com que aceita ou recusa a nomeação de bens à penhora”³³. Existem autores que afirmam ser o contraditório, no processo de execução, ‘diferido’ aos embargos, como dito alhures. Reiteramos nosso entendimento diferenciado, s.m.j.

Para o Prof. Alberto Camiña Moreira: “Não há, propriamente, em nosso sentir, contraditório diferido, postergamento da garantia constitucional da defesa, posto que os embargos asseguram também o contraditório no processo e execução, pois passam a fazer parte dele, vivem no interior desse processo, e não noutra, apesar de terem nature-

za de ação, da sua incidentalidade. Daí a impropri-idade de se dizer *contraditório diferido*. Para nós os embargos não formam outro processo, outro relação processual e, por isso, não se pode falar em diferimento do contraditório”³⁴. Em que pese a opinião do ilustre jurista, entendemos serem os embargos um novo processo (momentos diferentes), seguindo o posicionamento do ilustre Prof. Barbosa Moreira, de que: “O oferecimento dos embargos dá ensejo à formação de novo processo, que não se confunde com o executivo, e tem a natureza de um processo de cognição”³⁵.

E mais, sustentamos que o contraditório, além das situações acima configuradas, aparece no próprio processo executivo, ou seja, ‘num mesmo processo’, quando da apresentação de defesa (incidente) endoprocessual do executado. Aí sim, pode-se dizer que o processo executivo fora ‘oxigenado’ e não quando da apresentação dos embargos (situação a qual os doutrinadores chamam de ‘contraditório diferido ou postergado’).

Eis a cristalina manifestação do Prof. Nelson Nery Junior: “Da mesma forma, sobre todo e qualquer ato praticado no processo de execução, deve dar-se oportunidade ao devedor para manifestar-se, sob pena de ofensa ao princípio constitucional do contraditório. Pode o devedor, portanto, falar sobre a atualização de cálculo no curso da execução, sobre a ordem de prefe-

³² Ibidem, mesma página.

³³ Execução civil, p. 171.

³⁴ Defesa sem embargos do executado – exceção de pré-executividade, p. 9.

³⁵ O novo processo civil brasileiro, p. 352.

rência na penhora etc. Contraditório na execução, portanto, existe embora limitado pela própria natureza desse tipo de processo”³⁶.

Assim, com certeza, pode-se concluir que o contraditório incide no processo de execução, tanto por ser aí garantida a necessária informação (especialmente a citação inicial do devedor) sobre os atos processuais, como também por ser assegurada a participação do devedor no controle da regularidade da execução. Tal incidência, não é de forma alguma incompatível com o aspecto do processo de execução, o qual caracteriza-se pelo atributo essencial da ‘abstração’ dos títulos executivos³⁷.

Consoante o posicionamento do Prof. Francisco Wildo Lacerda Dantas: “A partir dessas observações, se pode concluir que é perfeitamente possível e adequado admitir-se o exercício do direito de defesa na execução, independentemente da oposição de embargos, sobre tudo quando se alega a inexistência dos pressupostos processuais exigíveis à constituição de toda relação processual ou das condições da ação também exigidos na sistemática adotada pelo atual CPC para que exista o próprio direito de acionar a jurisdição. Entendimento contrário importaria negarem-se as garantias constitucionais anteriormente referidas ou defender-se que a execução não se realiza através de um pro-

cesso, pois este sempre é essencialmente dialético”³⁸.\\

³⁶ Princípios do processo civil na constituição federal, p. 146.

³⁷ Posicionamento externado pelo Prof. Marcelo Lima Guerra, Execução forçada, p. 30.

³⁸ Revista Dialética de Direito Tributário, nº 24, p. 23.

Rezension

Christian Gloger **BRASILIE IM INTERNATIONALEN STANDORTWETTBEWERB**

Politische, ökonomische und rechtliche Rahmenbedingungen
Freiburg i. Brsg.: Arnold-Bergstreasser-Institut
Freiburger Schriften zur Politikwissenschaft, Band 32
ca. 250 Seiten, br., EUR 16,-,
(ISBN 3 - 928597 - 38 - 8)

Erscheinungstermin: Frühjahr 2003

Andreas Grünewald*

Brasilien gehört zu den wichtigsten Wirtschaftsstandorten der Welt und hat in den 90er Jahren mit der Hinwendung zu Außenöffnung, Privatisierung und Liberalisierung einen radikalen Wandel in der Wirtschaftspolitik durchgemacht. Mit diesem Paradigmenwechsel wurde die Stärkung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit für Politik und Wirtschaft zum alles entscheidenden Ziel. Vor diesem Hintergrund untersucht Gloger im hier vorgestellten Buch die politischen, ökonomischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für die Entstehung international wettbewerbsfähiger Industrien in Brasilien. In einer interdisziplinären Analyse werden die makroökonomischen Rahmenbedingungen, das Steuer-, Auslandskapital-, Wettbewerbs-, Patent-, Verbraucher- und Arbeitsrecht sowie die nationale Außen-

handels-, Industrie-, Infrastruktur-, Technologie- und Bildungspolitik der Regierung Cardoso (1994-2002) eingehend beleuchtet. Als Beispiel regionaler und lokaler Wirtschaftspolitik werden Industrie- und Technologiepolitik im Bundesstaat Minas Gerais betrachtet. Abschließend werden unter Berücksichtigung von strukturellen Defiziten im politischen System Brasiliens Politikempfehlungen für die kommenden Jahre formuliert. Das Buch vermittelt nicht nur für Wissenschaftler, sondern auch für Unternehmen, Investoren und politische Entscheidungsträger sehr interessante Einblicke.

Theoretischer Ausgangspunkt der Arbeit ist das vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) entwickelte Konzept der systemischen Wettbewerbsfähigkeit. Demnach entsteht internationale Wettbewerbsfähigkeit durch das Zusammenspiel einer Vielzahl von Faktoren, die systematisch vier Ebenen zuzuordnen sind: der Miro-,

* Wissenschaftlicher Assistent im Länderreferat Lateinamerika am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht Hamburg

Makro-, Meso- und Metaebene. Erfolgreiche industrielle Entwicklung wird nicht allein durch Faktoren auf der Unternehmensebene (Mikroebene) und die allgemeinen ökonomischen Rahmenbedingungen (Makroebene) erreicht. Vielmehr wird die Entwicklung vom Staat und von nichtstaatlichen Institutionen durch gezielte, kollektive Maßnahmen (Mesoebene) beeinflusst, wobei die Fähigkeit zur Formulierung förderlicher Makro- und Mesopolitiken von den politischen und ökonomischen Grundstrukturen und Akteurskonstellationen (Metaebene) abhängt. In Weiterentwicklung dieses DIE-Konzepts überträgt Gloger in seiner Untersuchung das vier-Ebenen-Modell auf die dreigliedrige Struktur des brasilianischen Staates. Er untersucht anhand des Modells, was der Staat auf nationaler, regionaler (bzw. bundesstaatlicher) und lokaler Ebene zur Schaffung eines möglichst wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandortes leisten kann und leisten sollte.

Die dreigliedrige Struktur dient bei der anschließenden Untersuchung der brasilianischen Entwicklungspolitik als normative Richtschnur und theoretisches Analyseraster. Bei der Analyse der nationalen Makroebene stellt Gloger hinsichtlich der makroökonomischen Grunddaten lediglich im Hinblick auf die Währungsstabilität einen realen, wenn auch fragilen Erfolg fest. Gleichzeitig begrenzen seiner Ansicht nach jedoch die Hochzinspolitik, wachsende Staatsverschuldung und das chronische Haushaltsdefizit die staatliche Investitionsfähigkeit auf nationaler, regio-

ner und lokaler Ebene. Das Haushaltsdefizit, die rasante Abwertung der Landeswährung, das Leistungsbilanzdefizit und die immer wieder notwendige kurzfristige Kreditaufnahme lassen, so Gloger, die Inflationsangst erneut aufleben. Außerdem verliefen die strukturellen Reformen des, nach seiner Einschätzung überkomplexen, ineffektiven, ineffizienten und ungerechten Steuerrechts stockend. Unternehmen litten weiterhin unter einer Reihe von spezifischen Kostenfaktoren (*Custo Brasil*). Neben dem intransparenten Steuersystem seien hier insbesondere die aufgrund von Bürokratie, Überregulierung und Unsicherheit entstehenden Kosten, die Zusatzbelastungen durch das teilweise ineffiziente Transportsystem sowie die recht hohen Lohnnebenkosten als Gründe anzuführen. Die Energiekrise von 2001 beweise zudem, dass die grundlegende Versorgung mit Infrastruktur nicht immer gesichert sei.

Auch auf der nationalen Mesoebene seien Defizite zu beklagen. Zwar seien Außenöffnung, Privatisierung und Liberalisierung grundsätzlich zu begrüßen. Allerdings habe das *timing* beim radikalen Paradigmenwechsel am Anfang der 90er Jahre nicht gestimmt. Der beachtliche Produktivitätsschub von jährlich 8 % in der brasilianischen Industrie wäre im Kern durch massive Entlassungen, die Einführung neuer horizontaler Produktions- und Organisationsmechanismen und die stetige Spezialisierung der Unternehmen erreicht worden. Wegen struktureller Schwächen im Bereich von Bildung und Innovation gestal-

te sich die Eingliederung Brasiliens in die internationale Arbeitsteilung nicht im gewünschten Maße. Es lasse sich eine Spezialisierung der brasilianischen Wirtschaft auf Primärgüter und Produkte mit einem eher niedrigen technologischen Stand konstatieren. Technologieintensive Kapitalgüter würden fast ausschließlich importiert. Die brasilianische Industrie werde damit zwar zunehmend wettbewerbsfähig, allerdings nur für technologisch eher anspruchslose Produktlinien. Hohe Zinsen sowie Schwächen im nationalen Innovations- und Bildungssystem seien für das weiterhin sehr geringe Engagement der Unternehmen im Bereich von technologischer Innovation verantwortlich. Diese Schwächen auf der nationalen, regionalen und lokalen Mesoebene sorgten dafür, schließt Gloger, dass vor allem ausländische Unternehmen von der Außenöffnung, der Reform des Auslandskapitalgesetzes sowie der Modernisierung des Patent- und Wettbewerbsrechts profitierten.

Die Untersuchung der Metaebene im Schlussteil der Arbeit liefert Gründe für die dargelegten Defizite auf der Makro- und Mesoebene. Das brasilianische politische System sei weiterhin von traditionellen Politikmustern wie Patronage, Klientelismus und Patrimonialismus geprägt. Der fehlende Grundkonsens der wichtigsten sozialen Kräfte hinsichtlich der weltwirtschaftlichen Einbindung der brasilianischen Ökonomie sowie Schwächen im Entscheidungsfindungsprozess (starke Personalisierung, geringe Parteidisziplin) seien ungünstige Aus-

gangsfaktoren für die Formulierung erfolgreicher Makro- und Mesopolitiken. Die beteiligten Akteure würden meist eine reine Lobby-Orientierung verfolgen und seien nur begrenzt in der Lage, gemeinsam Problemlösungen zu entwickeln. Dies führe zur Blockade der Entscheidungsprozesse.

Allerdings scheine sich in jüngster Zeit ein Wandlungsprozess zu vollziehen. Dies zeigten positive Erfahrungen bei der Formulierung einer neuen nationalen Industrie- und Technologiepolitik. Sie seien in einem engen Dialogprozess mit gesellschaftlichen Interessen formuliert worden und hätten so den sektorspezifischen und regionalen Besonderheiten angepasst werden können. Dies erscheint als ermutigender Befund für die Erfolgsaussichten der am Ende der hier vorgestellten Arbeit formulierten alternativen Entwicklungsstrategie. Notwendig sind, nach Ansicht Glogers, auf der nationalen Makroebene eine radikalen Vereinfachung des Steuerrechts, die Zusammenfassung der verstreuten Lohnnebenkosten, die Einführung eines Systems der Beihilfenkontrolle nach dem Muster der EU zur Verhinderung des unvernünftigen Subventionswettkampfs zwischen den Bundesstaaten, eine Rentenreform sowie die Anwendung des Wettbewerbsrechts auch auf staatliche Monopole. Für eine erfolgreiche Mesopolitik sei eine Neuverteilung der Zuständigkeiten zwischen nationaler, regionaler und lokaler Ebene dringend erforderlich. Mesopolitiken aus den Bereichen Infrastruktur, Forschung, Bildung, Technologie, Exportinforma-

tionen etc. sollten zum Großteil auf regionaler und lokaler Ebene formuliert und umgesetzt werden. In einem offenen Dialog mit gesellschaftlichen Akteuren seien die sektorspezifischen und/oder lokalen Bedürfnisse für die einzelnen Politikfelder zu identifizieren. Der nationalen Mesopolitik komme dann in erster Line eine ergänzende Rolle zu. Die unteren Gebietskörperschaften müssten bei ihren Maßnahmen durch entsprechende Informations- und Trainingsprogramme sowie durch die selektive und begrenzte Bereitstellung von Finanzmitteln unterstützt werden. Die Gelder seien nach strengen Vergabekriterien zu verteilen. In einem kontinuierlichen Kontroll- und Lernprozess seien die einzelnen Maßnahmen stets kritisch auf ihre Zweckmäßigkeit und Erfolgchancen zu prüfen, um frühzeitig bei Fehlentwicklungen gegensteuern zu

können. Im Falle der Umsetzung dieser Entwicklungsstrategie hätte Brasilien nach Ansicht Glogers gute Wachstums- und Entwicklungschancen.

Insgesamt liefert Gloger mit seiner Studie einen ungewöhnlich detaillierten, gut strukturierten und klar verständlichen Einblick in aktuelle Probleme des Wirtschaftsstandortes Brasilien. Die Arbeit ist im regionenspezifischen Teil auf den Bundesstaat Minas Gerais beschränkt. Hier würde sich der Leser einen Vergleich mit den Regionalpolitiken anderer Bundesstaaten wünschen, doch ließe sich dies sicher nicht ohne einen Verzicht auf die notwendige Tiefe der Analyse der Politiken realisieren. Es bleibt zu hoffen, dass in diesem Bereich weiter Forschungsarbeit geleistet wird.\\

Neues Schrifttum zum brasilianischen Recht

Andreas Grünewald

de Araujo, Nadia
Internationale Verträge und die
brasilianische Rechtsprechung:

* Wissenschaftlicher Assistent im Länderreferat Lateinamerika am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht Hamburg

Anwendbares Recht, ordre public und Gerichtsstandsvereinbarungen.
In: Jayme, Erik / Schindler, Christian (Hrsg.) Rechtsentwicklungen in Portugal, Brasilien und Macau.
Nomos, Baden-Baden 2002
Seite 99 – 117

Franz, Martin

Die unmittelbare Anwendbarkeit von TRIPS in Argentinien und Brasilien

In: GRUR Int 2002, Seite 1001-1012

Lima Marques, Claudia

Gleichheit zwischen Kindern im aktuellen brasilianischen Recht – Postmodernes Recht?

In: Jayme, Erik / Schindler, Christian (Hrsg.): Rechtsentwicklungen in Portugal, Brasilien und Macau. Nomos, Baden-Baden 2002
Seite 65 – 98

Manso Porto, Teresa

Strafverfahren und Polizei in Lateinamerika

In: Zeitschrift für das gesamte Strafrechtswesen, 114
Seite 756-760

Rocha de Mello Martins, Renata

Verfassungskonformität im MERCOSUR und in Brasilien
Nomos, Baden-Baden 2002
(Schriftenreihe Europäisches Verfassungsrecht, Bd. 10)

Rüdiger, Dorothee Susanne

Folgen der Globalisierung für das brasilianische Arbeitsrecht

In: ZIAS 2002, Seite 293-308

Sarlet, Ingo Wolfgang

Soziale Grundrechte in Brasilien
Probleme ihrer Verwirklichung unter dem Druck der Globalisierung

In: ZIAS 2002, Seite 1-21

Schindler, Christian

Betrachtungen zum brasilianischen Zuständigkeitsrecht in Zivil- und Handelssachen.

In: Jayme, Erik / Schindler, Christian (Hrsg.) Rechtsentwicklungen in Portugal, Brasilien und Macau. Nomos, Baden-Baden 2002
Seite 119 – 139\\

Interna DBJV - Beitragszahlung

Im Namen des Vorstands der Deutsch-Brasilianischen Juristenvereinigung bitten wir um Beachtung der folgenden wichtigen Mitteilung hinsichtlich der Modalitäten der Beitragszahlung:

Wir haben nach langem Verhandeln mit einer Kartenorganisation einen Mail-ordervertrag schließen können. Beiträge und Zahlungen aus dem Ausland können ab sofort per Kreditkarte (VISA und MC) erfolgen. Damit werden die Zahlungen aus dem Ausland wesentlich preisgünstiger als bisher. Das Verfahren wird in einem gesonderten Rundschreiben mitgeteilt werden.